„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—32 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West.
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Ein Klan-Flugblatt.

Der bekannte günstige Wind wehte uns ein Ku Klux Klan-Flugblatt auf den Redaktionstisch. Damit von vornherein jeder Zweifel an der Echtheit und Urheberschaft des Zirkulars ausgeschlossen sei, verweisen wir auf die Autorenangabe: „Herausgegeben vom Unsichtbaren Reiche, den Rittern vom Ku Klux Klan, Reichsgeschäftsstelle, Postschließfach 563, Regina." Lassen wir nun zunächst das Flugblatt für sich selbst sprechen! Es heißt dort (in wortgetreuer Uebersetzung):

„Die nordische Rasse kann der Zukunft beruhigt entgegensehen, wenn sie sich rechtzeitig warnen läßt. Sie muß kämpfen, aber der Kampf möge nicht ein Bürgerkrieg gegen die eigenen Blutsverwandten sein, sondern **gegen die gefährlichen fremden Rassen, ob sie mit dem Schwert in der Hand vorstoßen oder in der mehr hinterlistigen Verkleidung von Bettlern an unseren Toren erscheinen und um Zulassung bitten, um an unserem Wohlstand teilzunehmen.** Wenn wir sie auch weiterhin nach ihrem Belieben hereinkommen lassen, werden sie uns in sehr kurzer Zeit (Kraft ihrer natürlichen Vermehrung) aus unserem Lande vertreiben.

„Die größe Hoffnung auf die Zukunft Canadas liegt darin, daß die arbeitenden Klassen erkennen, daß der Wettbewerb der nordischen Menschen mit dem Fremden sich tödlich auswirkt, ob der letztere nun **der niedrig stehende Einwanderer aus Süd- oder Osteuropa ist** oder der noch offenkundiger gefährliche Orientale, mit dessen Lebensweise der weiße Mann nicht konkurrieren kann. In unserem Lande müssen wir nach jenen unserer Leute Ausschau halten, nach unseren Farmern und Handwerkern, die britischen und canadischen Blutes sind und diese Gefahr erkennen und ihr entgegentreten. Unsere gegenwärtige Lage ist die Folge der Führerschaft von Idealisten und menschenfreundlichen Doktrinären.

„Die einfachen Leute in Canada begreifen, daß das lediglich Aufhalten der Ausländerflut den Canadianismus nicht wieder herstellt, noch uns gegen die endgültige und völlige Niederlage schützt. **Canada muß sich auch gegen den Feind im Innern verteidigen, oder wir werden verdorben und geschlagen von jenen, denen wir bereits Aufnahme gewährt haben. Die erste Gefahr ist, daß wir durch die natürliche Vermehrung der Ausländer überwältigt werden.** Bei der gegenwärtigen Geburtsrate des nordischen Menschenschlages wird er in zwanzig Jahren eine hoffnungslose Minderheit werden und in hundert Jahren **wie das Getreide unter dem Unkraut zu Tode erstickt sein;** wenn nicht Mittel gefunden werden, daß der nordische Mensch sich im Besitze von Rindern sicher fühlen kann, sind wir bereits zum Untergange verdammt."

Diese „Offenbarungen einer schönen Seele" verdienen in dem gegenwärtigen Saskatchewan-Wahlkampf gewiß aufmerksamste Beachtung. Sprechen sie doch deutlicher als viele andere Aeußerungen und Dokumente das aus, was konservative Politiker augenblicklich zu vertuschen und zu verschweigen suchen, nämlich ihre abgrundtiefe Abneigung gegenüber allen Fremdgeborenen.

Naive oder schlecht informierte Leute mögen vielleicht immer noch die Frage aufwerfen, ob denn wirklich ein innerer und geistiger Zusammenhang zwischen Ku Klux Klan und Konservativen in Saskatchewan bestehe. Wer sich an die Enthüllungen des Klan-Exorganisators Puckering erinnert, der das lebhafte Interesse des Herrn Dr. J. T. M. Anderson und anderer konservativer Kreise an der Klanbewegung an den Pranger gestellt hat, wer sich die infame Wühlarbeit im Arm River-Wahlkreis ins Gedächtnis zurückruft, wer die Brandreden eines Herrn Bryant im damaligen heißen Wahlkampf nochmal durchliest, der muß feststellen: Ku Klux Klan und Konservative sind nicht nur geistesverwandt, sondern sind eines Sinnes und eines Herzens, wenn es gegen die nationalen und religiösen Minderheiten in Saskatchewan geht. Wie ein roter Faden zieht sich durch die konservative Politik seit vielen Jahren das offenkundige Bestreben, die Bürger nichtbritischer Herkunft als minderwertige, ungebildete und gewissermaßen gefährliche Menschen hinzustellen, deren geringer Einfluß zurückgedrängt und beseitigt werden müsse. Dieselbe Melodie wie in oben angeführten Klan-Flugblatt. Was die Kukluxer theoretisch der „nordischen Rasse" in Saskatchewan einzupauken suchen, möchten die Konservativen praktisch in die Tat umsetzen, wenn ihnen die Wähler den Weg zur staatlichen Futterkrippe bahnen würden. Der Klan tut — das muß ihm der Neid lassen — ja sein Menschenmöglichstes, um die Torypartei ans Steuerruder der Provinz zu bringen, während die Konservativen sich diese geistige und moralische Unterstützung anscheinend ganz gerne gefallen lassen. Oder hat jemand bis jetzt gehört, daß ein führender Konservativer einen scharfen Trennungsstrich zwischen seiner Partei und den Kukluxern gezogen habe? Im Gegenteil! Nur die Liberalen, nur Männer wie Premier Gardiner und Minister Dr. Uhrich haben bisher mutig und unerschrocken einen offenen Kampf gegen die Verhetzungsversuche von genannter Seite geführt und die edlen Prinzipien der Duldsamkeit und Gerechtigkeit, gültig für alle Bürger ohne Unterschied ihrer Herkunft oder ihres religiösen Bekenntnisses, verkündigt.

Es ist wohl überflüssig, auf den beleidigenden Inhalt des Klan-Flugblattes näher einzugehen. Wem beim Lesen dieses Machwerkes noch nicht die Augen aufgehen, wem die Geistesgemeinschaft zwischen Konservativen und Kukluxern noch immer nicht klar ist, der ist wohl mit geistiger Blindheit geschlagen und verdient unser aufrichtiges Mitleid.

Alle hingegen, die sich über die Zusammenhänge keiner Täuschung mehr hingeben, werden in diesem Wahlkampf nicht nur selbst ihren Mann stellen, sondern auch andere bewegen, ihre Stimme und ihren Einfluß für die Sache des Liberalismus, für eine duldsame, gerechte und bewährte Regierung in Saskatchewan, in die Wagschale zu werfen. Dann wird die Provinz, gestärkt durch den Frieden und die Eintracht unter allen ihren Bürgern, einer noch glänzenderen Zukunft entgegengehen.

Dr. Uhrichs Gegenkandidat.

Gegen Hon. Dr. J. M. Uhrich, den Minister für Volksgesundheit und öffentliche Arbeiten, ist im Wahlkreise Rosthern von den dortigen Konservativen E. St. George Hodson aufgestellt worden. Damit gewinnt es den Anschein, als ob diesmal auch im Rosthern-Distrikt der Wahlkampf etwas lebhafter werden sollte, zumal nach unseren Informationen Hodson gewillt ist, auf seine Nomination nicht zu verzichten. In den beiden vorausgegangenen Wahlen ist bekanntlich Hon. Dr. Uhrich per Akklamation gewählt worden.

Es ist wohl angebracht, an unsere deutschsprechenden Freunde im Rosthern-Wahlkreis einen besonderen Appell zu erlassen, eine recht rege Wahlbeteiligung zu entfalten. Jeder stimmberechtigte Mann, aber auch jede wahlberechtigte Frau sollte es als eine Ehrensache betrachten, am 6. Juni zur Wahlurne zu treten und dort für Herrn Minister Dr. Uhrich zu stimmen. Wir sagen „Ehrensache", weil sich der Rosthern-Wahlkreis glücklich schätzen kann, einen so hervorragend tüchtigen Vertreter und einen so weithin geachteten Mann bisher im Provinzparlament gehabt zu haben. Wir sind fest davon überzeugt, daß alle unsere dortigen Freunde auch weiterhin Herrn Minister Dr. Uhrich als ihren Abgeordneten wünschen. Doch das Wünschen allein genügt nicht, wenn es zur Wahl kommt. Dann entscheidet nur die Zahl der abgegebenen Stimmen. Darum, Freunde von Rosthern und Umgebung, Männer und Frauen, beweist am 6. Juni, daß Ihr auch Euer Wahlrecht auszuüben versteht, wenn es gilt, Herrn Minister Dr. Uhrich zu wählen!

In ähnlichem Sinne möchten wir auch alle anderen deutschsprechenden Wähler von Saskatchewan aufrufen; doch am 6. Juni geschlossen, ohne Ausnahme, ihrer Wahlpflicht nachzukommen. Oft hängt die Entscheidung nur von wenigen Stimmen ab. Darum heraus am Wahltag! Laßt die Frauen nicht zu Hause! Ihre Stimme wiegt genau so schwer wie die der Männer. Bedenket wohl: **Wahlrecht bedeutet Wahlpflicht!**

Eine Frage an die Wahlkandidaten.

Aus Melville, Sask., erhalten wir eine interessante Mitteilung, die wir unseren werten Lesern nicht vorenthalten möchten. Drei Mitglieder des dortigen deutschen Vereins, nämlich Heinrich Dietz, der Schriftführer, Gustav Anweiler, ein Direktor des Vereins, und Johann Wendland, der Organisator, begaben sich zu ihren zwei Kandidaten für die bevorstehende Provinzwahl, denen sie die Frage vorlegten, ob sie willens wären, dafür einzutreten, daß eine Stunde deutschen Unterrichts in der Publicschule gewährt werde. **Der liberale Kandidat Herr Dunn erklärte sich dazu bereit,** wenn er als Sieger aus der Wahl hervorgehe und wenn die genannte Forderung gestellt werde.

Der konservative Gegenkandidat Herr Redgewick hingegen erwiderte: **„Ich trete ein für eine Flagge, eine Sprache und eine Schule."** Man hielt ihm vor, was die eingewanderten Eltern der heutigen Deutschcanadier in den ersten Jahren durchmachen mußten, wie selten diese Pioniere geehrt würden, und daß man ihnen keine Ehre erweise, wenn die Enkel zu den Großeltern gewissermaßen durch einen Dolmetscher sprechen müßten. Redgewick betonte darauf, er sei mit einem christlichen Herzen in den Wahlkampf eingetreten, worauf er von der deutschen Abordnung an das vierte Gebot, „Du sollst Vater und Mutter ehren" (also auch die Muttersprache), erinnert wurde.

Das Vorgehen des deutschen Vereins in Melville verdient gewiß auch in anderen Teilen der Provinz eifrige Nachahmung. Dann würde sich bald die wahre Gesinnung jener zeigen, die jetzt mit angeblicher und geheuchelter Freundschaft für die Fremdgeborenen Stimmen fangen möchten, während sie außerhalb eines Wahlkampfes uns moralische Ohrfeigen versetzen oder die offenkundigen Feinde unserer Sache bereitwilligst unterstützen.

Weltumschau

Schlechte deutsche Wirtschaftslage. Ein dem Handelsamt in Washington von dem amerikanischen Handelsattache Allport in Berlin soeben zugegangener Bericht sagt, daß die ungünstige Geschäftslage, die in Deutschland während des ersten Quartals laufenden Jahres herrschte, während des Aprilmonats und zu Anfang Mai unverändert geblieben ist.

„Während die Stimmung in Handel und Industrie im allgemeinen sich gegen den März etwas gehoben hat," sagt der Bericht, „überschattet doch die Ungewißheit der Aussichten auf Lösung der Reparationsfrage alle anderen Erwägungen und beschränkt die Besserung, soweit sie überhaupt zu verzeichnen ist, auf jene Industriezweige, die von den Einflüssen der Saison unberührt bleiben. Die störende Auswirkung der Reparationsfrage macht sich am meisten in den ungünstigen Finanzverhältnissen bemerkbar. In der einheimischen Kapitalsanlage ist faktisch Stillstand eingetreten, und die Preise auf dem Effektenmarkt waren Ende April nach einer plötzlichen starken Einbuße um die Monatsmitte die niedrigsten seit 1926. Die Geldsätze zogen Ende April an, nachdem die Reichsbank ihre Rate um 1 v. H. erhöht hatte, was hauptsächlich zur Hebung der vorübergehenden Schwäche des Wechselkurses im März geschehen war. Die auf eine Geldversteifung hinarbeitende Tendenz wird weiter erschwert durch die starken Dringlichkeits-Anleihen der Reichsfinanzverwaltung, während dem Zutritt zum Investierungsmarkt die Aussicht auf eine große Regierungsanleihe (die sich inzwischen verwirklicht hat) unter Vorzugsbedingungen weiter im Wege steht."

Unerträgliche Zumutung. Albert Vögeler, der Hauptsachverständigen-Delegierte Deutschlands auf der Delegierte Deutschlands auf der Sachverständigen-Konferenz in Paris, hat sich von der Delegation zurückgezogen, nachdem er die deutsche Regierung verständigte, daß die Ausdehnung der Reparationszahlungen über 37 Jahre hinaus unerträglich sein würde, und er sich niemals dazu hergeben würde, ein derartiges Abkommen zu unterzeichnen.

Deutsche Innenanleihe. Reichsfinanzminister Hilferding hat bekannt gegeben, daß nur 300,000,000 Mark der vom Deutschen Reichstag genehmigten Innenanleihe von 500,000,000 Mark vorläufig zur Zeichnung aufgelegt werden soll. Die Schuldverschreibungen werden zum Preis von 99 ausgegeben und tragen 7 Prozent Zinsen. Nach Ablauf von fünf Jahren werden 10 Prozent der Gesamtsumme jährlich einlösbar sein.

Kommunisten-Radau. Zu Radauszenen kam es im preußischen Landtag. Nicht weniger als siebenmal mußten die Verhandlungen angesichts des von den Kommunisten verursachten Lärms unterbrochen werden. Veranlassung dazu gaben die Ausführungen des preußischen Innenministers Grzesinski über die Maikrawalle in Berlin und besonders über die Verordnung der Auflösung der kommunistischen Kampfverbände, Roter Frontkämpfer-Bund, Rote Marine, und Rote Jugend-Front. Wieder und wieder wurde der Minister niedergeschrien und „Bluthund!" und ähnliche Ausdrücke wurden ihm von den Kommunisten entgegengeschleudert. Schließlich zogen die Kommunisten unter dem Absingen der „Internationale" geschlossen aus dem Saal. 12 Kommunisten wurden vom Landtags-Präsidenten auf 8 Tage von den Sitzungen ausgeschlossen.

Die erste Sitzung des Reichstags nach einer kurzen Ferienpause verlief anfangs vollständig ruhig. Die erwarteten Anwürfe der Radikalen in Sachen der Maikrawalle blieben aus. Als dann aber später der Reichsfinanzminister Hilferding sich erhob, um die bereits vom Reichsrat genehmigte Vorlage zur Aufnahme einer Reichsanleihe von 500 Millionen Mark zu begründen, da ging der Radau los. Einen solchen Lärm vollführten die Kommunisten, daß sich der Minister zeitweise nicht verständlich machen konnte. Die Vorlage wurde schließlich an den Haushaltungsausschuß verwiesen.

„Graf Zeppelin" als Friedenstaube. Der „Graf Zeppelin" scheint sich zu einer Art Friedenstaube zu gestalten. Deutschlands Dankbarkeit für die schnelle und wirksame Hilfe in der Stunde der Bedrängnis des Luftschiffes hat eine Anzahl französischer Zeitungen dazu bewogen, mehr mit sanften Worten zu antworten. Eine freimütige und humane Stimmung ist geschaffen, die nach Meinung weiter Kreise dazu angetan sei, eine bessere deutsch-französische Verständigung herbeizuführen. Sogar „L'Intransigeant", der so häufig gegen Deutschland auftrat, betrachtet den Luftschiff-Vorfall als eine „historisches Ereignis reich an Möglichkeiten."

Die Franzosen waren anfangs entrüstet über unangenehme Dinge, die Dr. Hugo Eckener wegen Verzögerung der Erlaubnis zum Ueberfliegen von französischem Boden gesagt haben sollte, jetzt aber sind sie zu milderer Auffassung geneigt. Der Befehlshaber des Luftschiffes hat Veranlassung genommen, die unhöflichen Worte, die ihm in den Mund gelegt worden waren, ausdrücklich in Abrede zu stellen.

Kleine Entente unter sich. Staatsmänner der Kleinen Entente halten in Belgrad eine dreitägige Konferenz, die eine der wichtigsten Zusammenkünfte zwischen den Vertretern dieser Länder sein soll. Das den Außenministern von Südslawien, Rumänien und der Tschechei vorliegende Hauptproblem ist, darüber zu entscheiden, welche Schritte zu unternehmen sind, um die besiegten Nachbarstaaten, namentlich Ungarn, daran zu hindern, Aenderung der bestehenden Friedensverträge durchzusetzen.

Wie es heißt, sollen vonseiten Südslawiens erneute Anstrengungen gemacht werden, die gegenwärtigen Einzelverträge zwischen den drei Ländern durch ein einziges Abkommen zu ersetzen. Man erwartet, daß Rumänien und die Tschechoslowakei sich diesem Bestreben widersetzen werden.

Gleichzeitig werden verschiedene wirtschaftliche Probleme von großer Bedeutung zur Sprache kommen. Dr. Eduard Benesch von der Tschechoslowakei, der als eifriger Befürworter der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rußland bekannt ist, wird wiederum dahin zu wirken suchen, daß die Kleine Entente sich dieserhalb gegenüber der Sowjet-Regierung nähert. Man glaubt, daß Rumänien diesmal nachgiebiger sein wird, da das kürzlich auf Grund des Kellogg-Paktes unterzeichnete Protokoll, die Gefahr eines Krieges mit Rußland über Beßarabien wesentlich verringert hat.

Es liegt nunmehr in der Hauptsache an General Pera Zinkowitsch von Südslawien, ob die drei Länder gemeinschaftliche Schritte zum Frieden mit Rußland machen werden, das für alle Staaten der Kleinen Entente als wichtiges Absatzgebiet von Bedeutung ist.

Die Tschechoslowakei, Rumänien und Südslawien haben einen allgemeinen Freundschafts- und Schiedsvertrag unterzeichnet, der auf Empfehlungen des Völkerbundes basiert ist. Der Vorschlag der Tschechoslowakei der gemeinschaftlichen Anerkennung von Sowjet-Rußland wurde abgelehnt. Rumänien bestand darauf, daß die russischen Kommunisten zuerst formellen Verzicht auf alle Ansprüche auf das unter rumänischer Herrschaft stehende Beßarabien leisten. Südslawien, das vor dem Kriege als Serbien durch die traditionelle Freundschaft mit dem kaiserlichen Rußland verbunden war, weigerte sich, irgend etwas mit Sowjet-Rußland zu tun zu haben.

Die Konferenz der Staaten der Kleinen Entente brachte gleichzeitig eine Erneuerung der alten Bündnis-Verträge, die am 7. Juni abgelaufen wären. Wie bei früheren Tagungen, erneuten die Staaten ihre Erklärung des unveränderlichen Widerstandes gegen jede Revision der Verträge bezüglich der Grenzen der im Weltkriege unterlegenen Länder.

Die Delegaten der Konferenz in Belgrad waren Gäste von König Alexander auf einem Bankett. Nach Beendigung der Beratungen besuchten die Teilnehmer als Gäste der südslawischen Regierung Sarajewo, wo 1914 der Schuß fiel der den Weltkrieg entfesselte.

Rumänien feiert. Tausende von Besuchern aus allen Teilen von Rumänien und Amerika versammelten sich in Karlsburg, wo vor über 300 Jahren Michael der Tapfere den Funken des rumänischen Freiheitsgedankens schürte, zu der größten Kundgebung, die dieses Balkanland jemals erlebt hat: Ein stämmiger Gebirgsbewohner von Siebenbürgern trug den echten mit Gold und Purpur besetzten Hermelinmantel Michaels des Tapferen und erregte auf seinem Rosse die Aufmerksamkeit des Knabenkönigs Michael mehr als irgendetwas anderes in der Parade. Die Trachten der Marschierenden stellten die Entwicklung der Kleidung Rumäniens seit den Tagen der Römer dar.

Ein Hochamt in der Kathedrale bildete den Auftakt der Feierlichkeiten zum 10jährigen Bestehen von Großrumänien. Der Patriarch Miron Christea leitete den Gottesdienst. Später wohnten die Besucher einer Sondertagung des Parlaments in der „Ruhmeshalle" bei, die zur Erinnerung der Vereinigung aller Rumänien unter einer Flagge errichtet worden ist. Hieran schloß sich dann der große Festzug an.

England und die Abrüstung. In Beantwortung einer Kundgebung, welche England aufforderte, zur Abrüstung der Land-, See- und Luft-Streitkräfte die Führung zu übernehmen, erklärte Premierminister Baldwin, es könne wahrheitsgemäß von England gesagt werden, daß es in der Weltabrüstung die Führerschaft übernommen habe.

Die Kundgebung, welche darlegt, die Bemühungen des Völkerbundes für die Herbeiführung einer allgemeinen Abrüstung seien gescheitert und das Wettrüsten werde mit dem Aufbau großer Armeen und Flotten wieder aufgenommen, ist u. a. von George Bernard Shaw, H. G. Wells, Viscount Cecil und Lord Balfour von Burleigh unterzeichnet.

In seiner Antwort sagt der Premier, England habe bereits eine starke Verminderung der Flotte vorgeschlagen, jedoch zwecks Reduzierung der Landarmee würde es besser sein, wenn die großen Militärmächte in dieser Hinsicht vorangehen würden. England, fügte er hinzu, folge schon jetzt den Bestimmungen des Kellogg-Vertrages und habe sich zur friedlichen Beilegung aller Streitfälle mit anderen Nationen verpflichtet.

Nobile protestiert. Umberto Nobile, der Führer jener mißlungenen Nordpolerpedition im vergangenen Sommer, bei dem eine Anzahl Teilnehmer ums Leben kamen, hat gegen das über ihn verkündete Urteil, daß er allein die ganze Verantwortung für die Katastrophe des Luftschiffes „Italia" trage, Berufung einlegen lassen. Nobile wurde der Rang eines Generals entzogen, nachdem das Gericht die Katastrophe auf mangelhafte Führung zurückführte. Nobile erklärte gegenüber dem Korrespondenten, daß er Berufung gegen das ungerechte Urteil bei Premier Mussolini eingelegt habe. Nobile äußerte weiter, daß er nicht die Absicht habe, das Land zu verlassen, fügte jedoch hinzu, er sei entschlossen, bis aufs Aeußerste für eine Revision der Entscheidung des Gerichtes zu kämpfen.

„Waffenstillstand" mit Stalin. Sowohl die Anhänger Leon Trotzkys wie der sogenannte rechte Flügel der Opposition, an dessen Spitze N. Buharin, A. J. Rykoff und M. P. Tomsky stehen, haben allem Anscheine nach mit Joseph Stalin, dem Haupt der Sowjetregierung, Frieden oder wenigstens einen Waffenstillstand geschlossen. Beide Oppositionsgruppen mußten sich klar darüber geworden sein, daß sie durch den Sieg Stalins auf der kürzlich abgehaltenen Parteikonferenz der Bolschewisten einen bedeutenden Rückschlag erlitten hatten. Nunmehr haben jedoch die der Regierung drohenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, namentlich in Verbindung mit der Getreideversorgung, die Aussöhnung zwischen den Oppositionsgruppen und Stalin beschleunigt.

Die Artikel, die Trotzky seit seiner Ankunft in Konstantinopel geschrieben und überall in der Welt in der „antisozialistischen" Presse veröffentlicht hat, haben dazu gedient, ihm die Sympathien seiner eigenen Freunde in Rußland zu entziehen. Verschiedene führende Freunde Trotzkys, die sich noch in der Verbannung befinden, erklärten ihren Gesinnungsgenossen gegenüber, daß sie die Artikel Trotzkys für einen nicht wieder gutzumachenden Fehler halten. Zwei der hervorragendsten unter ihnen, Karl Radek, der zu Beginn der Revolution Lenin sehr nahe gestanden hat, und M. Preobredjansky, ein früherer Redakteur der „Pravda", dürften bald die Erlaubnis erhalten, nach Moskau zurückzukehren, um dort ihre Arbeiter wieder aufzunehmen.

Buharin, Rykoff und Tomsky, die Führer des „rechten Oppositionsflügels", haben Stalin zu bewegen versucht, in der Industrialisierung etwas langsamer vorzugehen und den „reichen Bauern" gegenüber mehr Nachgiebigkeit an den Tag zu legen. Sie argumentierten, in einzelnen Fällen vor der Oeffentlichkeit, daß die reichen Bauern sich dem Sowjetismus gegenüber sympathischer zeigen würden, wenn ihnen selbst eine größere Berücksichtigung zuteil würde. Aber auch diese Gruppe ist jetzt zu Kreuze gekrochen und hat sich mit Stalin ausgesöhnt, der über diese Wendung sehr erfreut ist, da die genannte Gruppe einige der bedeutendsten politischen Führer des Landes enthält.

Türkei und Italien. Die türkische Regierung hat italienischen Werften Kontrakte für den Bau zweier Zerstörer, zweier Unterseeboote und verschiedener Unterseebootjäger übergeben. Die Schiffe, die für die türkische Marine bestimmt sind, sollen innerhalb von 22 Monaten geliefert werden. Ihre Kosten werden insgesamt etwa 15,000,000 Goldlire betragen.

Die Regierung lehnte ein Angebot der Electric Boat Company von Amerika ab, weil der Preis höher war, und ließ Angebote aus Frankreich und England ebenfalls unberücksichtigt, weil die Lieferfrist länger war. Die Zahlungen für die Schiffe sollen mit 13 Prozent bei der Lieferung erfolgen, während der Rest über einen Zeitraum von acht Jahren nach Lieferung zu zahlen ist.

Oelquellen im Ural. Eine der reichsten Oelquellen soll neuerdings in der Sowjet-Union entdeckt worden sein, und zwar sind russische Geologen unerwarteter Weise darauf gestoßen, während sie Bohrversuche nach Kali anstellten. Die Entdeckung wurde im Uralgebirge gemacht und zwar in der Provinz Perm unweit von Tschufova. Bisherige Schätzungen deuten bereits an, daß dieser neue Distrikt wahrscheinlich sogar noch die Gebiete von Baku oder Grozny übertreffen wird. Die Sowjet-Presse ist begeistert über die neue Entdeckung, weil in dem Fund die Lösung des Brennstoffproblems in den Uraldistrikten gesehen wird, wo viele Fabriken zur Zeit errichtet werden.

Von England nach China. Der chinesische Flieger Hauptmann Tschen Wen-Lin ist in Begleitung des dänischen Fliegers Leutnant Johannsen in China eingetroffen und hat damit den ersten Langstreckenflug von England nach China beendet. Die beiden Flieger verließen London anfangs März und legten die Strecke in kurzen Etappen zurück. Sie werden in Kürze nach Nanking weiterfliegen, wo sie von der Regierung dekoriert werden sollen.

Transatlantische Luftpost. Eine eventuelle Sommerroute für die Luftpost zwischen den Ver. Staaten und Skandinavien wird von dem schwedischen Flieger Kapitän Albin Ahrenberg gesucht, der hofft, seinen Dreietappen-Amerikaflug am 3. Juni von Stockholm aus antreten zu können. Kapitän Ahrenberg hält es für möglich, einen Luftpostdienst entlang der nördlichen Route zwischen Mitte April und Mitte September durchführen zu können. Die schwedische Regierung hat deshalb den Kapitän zum Briefträger ernannt und ihn ermächtigt auf seinem Transatlantikflug Briefpost bis zu 60 Pfund mit sich zu führen. Vorräte für Ahrenberg und seine beiden Fluggenossen sind bereits in Reykjavik, Island, und Ivigtut, Grönland, angesammelt worden. Die dritte in Aussicht genommene Landungsstelle ist Belle Island, nahe Neufundland.

Der Eindecker, in welchem Ahrenberg, Leutnant Axel Floden und der Mechaniker Hans Ljunglund versuchen werden, den ersten schwedisch-amerikanischen Flug durchzuführen, ist eine Junkers-Maschine indes nicht eine solche des gewöhnlichen Typs. Es ist ein mit Pontons ausgerüstetes Wasserflugzeug mit drei Motoren von zusammen 360 P. S. Das Flugzeug ist mit einem Radio-Apparat für kurze und lange Wellen mit einem Aktionsradius von 2000 Kilometern ausgerüstet. Der Flug nach New York mit seinen drei Etappen dürfte nach der Berechnung Kapitän Ahrenbergs etwa drei Tage in Anspruch nehmen.

Wenn die Konservativen regieren.

In Neuschottland (Nova Scotia) haben bei den letzten Provinzwahlen die Konservativen den Sieg über die Liberalen davongetragen. Wie die dann aus Ruder kommende konservative Regierung ihren Wahlerfolg ausbeutete, dafür spricht folgende Meldung aus Halifax, N. S., vom 20. Mai ds. Js. ganze Bände:

„Die konservative Rhodes-Regierung von Neuschottland hat vom 1. August 1925 bis zum 31. Dezember 1928 insgesamt 629 Angestellte entlassen, darunter Sheriffs, Registrare, bewährte Stenographen und Magistrate, außerdem noch etwa 2000 (zweitausend) Wegarbeiter und Vorarbeiter des Ministeriums für Straßenbau."

Kommentar überflüssig!

Fortschritte des deutschen Unterrichts.

Professor A. R. Hohlfeld, der Direktor der deutschen Abteilung an der Universität Wisconsin, sprach in der „Mühlenberg Unit No. 36 der Steuben-Gesellschaft" zu Chicago. Er führte u. a. aus, daß die Zahl der Schüler in der deutschen Sprache und deutschen Kultur bedeutend zugenommen hätte.

An der Wisconsin Universität sind 1800 Studenten für den deutschen Kursus eingeschrieben — eine Zahl, die auch vor dem Kriege nicht höher war. Professor Hohlfeld betonte, daß diese Zunahme der Wiedereinführung der deutschen Sprache in den Hochschulen zuzuschreiben sei. Zu Ende des Krieges war das Interesse für die Sprache der Romanen ein viel größeres, aber heute hat sich das geändert. Dies ist eine recht erfreuliche Nachricht, der Nachwuchs der amerikanischen Bevölkerung interessiert sich mehr für die deutsche Sprache und Kultur als für die französische. Man gehe darüber nicht so einfach hinweg, wie man es gewöhnlich bei Statistiken tut, sondern überlege sich die Folgen. Die Zukunft des Landes liegt in den Händen der Jugend. Kein einziges der Kabinettmitglieder der Hoover-Regierung ist deutscher Abstammung. Auf diesen Geschlecht das Interesse für unsere Sache gabe eines jeden Deutschen ist es, für die deutsche Kultur im Auslande zu kämpfen, und so sollte es einen jeden erfreuen, zu hören, daß bei dem konnte echt großes ist. Auf den Universitäten und Hochschulen wird unsere kommende Regierung erzogen und herangebildet, auf den Universitäten wird ihnen deutsche Art, deutsche Kultur, deutsche Sprache vor Augen geführt. Gibt es etwas Schöneres als wahres Deutschtum? — Wird nicht die lernende Jugend das Deutschtum verehren und schätzen, wenn sie bereits auf den Schulen und Universitäten auf richtige Art auf das Deutschtum aufmerksam gemacht wird? Das deutsche Volk gab unserem neuen Vaterlande einen Carl Schurz, einen Pastor Mühlenberg, einen Siegel, Steuben und viele andere. Sicher ist, daß noch viel mehr Deutschamerikaner in den Annalen der Geschichte als große Männer verzeichnet sein würden, würde die deutsche Sprache und Kultur von jeher mit solchem Interesse gepflegt worden sein, wie es nun geschieht. Das große Interesse für das Deutschtum wird unserem alten Heimatlande viele neue Freunde zuführen und nichts hat das am Boden liegende Deutschland notwendiger als Freunde.

Dr. W. W. Thießen, Assistent-Superintendent der Milwaukee Schulbehörde, erklärte, daß während des Weltkrieges der Unterricht der deutschen Sprache in den Hochschulen größtenteils vollkommen ausfiel und Französisch an erster Stelle stand. Heute ist es sehr schwer, die französischen Klassen auszuhalten, da nicht genügend Schüler vorhanden sind, während die deutschen Klassen derart überfüllt sind, daß viele Nebenklassen eingerichtet werden mußten.